

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

83 (8.4.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abtagen oder am Postschalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., Suppl. durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bzw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Solonzeile od. deren Raum 25 J. zugügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Aufruf zum 1. Mai.

Arbeiter, Arbeiterinnen in Stadt und Land!

Der 1. Mai wurde im Jahre der Jahrhundertfeier der großen französischen Revolution von dem Pariser internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress zum Demonstrationstag der Arbeiterklasse aller Länder bestimmt. An ihm sollte sich in der ganzen Welt das Volk der Arbeit zusammenschließen, um den Achtundzestag zu fordern.

Dieses Ziel der Maifeier ist in Deutschland erreicht. Nach der Revolution hat die sozialistische Regierung es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachtet, den Achtundzestag gesetzlich einzuführen. Sie hat ferner das Koalitionsrecht gesetzlich gestellt, die Gewerbeordnung und andere Rückständigheiten beseitigt und dem deutschen Volke das freie Wahlrecht Europas gegeben. Mit dem Ende der Demokratie und des Achtundzestags ist dieses erreicht, um das die Arbeiterklasse anderer Länder noch kämpft, aber nicht alles. Laßt uns deshalb auch in diesem Jahre am 1. Mai für unsere sozialistischen Ideale durch Veranstaltung von Massenkundgebungen, die dem Ernst dieser schweren Zeit angepaßt sind, demonstrieren. Denn heute feiern kann unsere Aufgabe nicht sein, solange als Folge des Krieges Millionen arbeitlos sind und das Gepeinigt des Hungers durch die Lande zieht.

Vor allem aber ihr Frauen, zeigt am 1. Mai, daß ihr mit uns seid! Die sozialistische Partei war bis zum Ausbruch der Revolution in Deutschland die einzige politische Partei, die geschlossen für das Frauenwahlrecht eintrat. Wenn ihr heute das Frauenwahlrecht habt, so dankt ihr das allein der sozialistischen Revolutionsregierung. Die wenigen Monate seit Durchführung des Frauenwahlrechts haben gezeigt, daß keine politische Partei in Deutschland daran denken darf, das Frauenwahlrecht abzuschaffen.

Ihr Frauen, denen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung mehr ist als ein Schein der Revolution, die ihr mit ganzer

Seele Euch seit Jahren nach der Erfüllung Eurer Wahlrechtsforderung geistert, feiert in diesem Jahre den 1. Mai als Euren Frauentag!

Der 1. Mai war aber auch ein Tag des Protestes gegen Krieg und Militarismus. Nach diesem schrecklichen aller Kriege wird in Europa auf lange Zeit ein Krieg unmöglich sein. Daß er es für immer werde, dafür demonstrieren wir am 1. Mai. In Verästeltes sind Kräfte am Werk, die uns auch nach diesem jahrelangen Männermorden den Völkerbund nicht bringen wollen, den die Völker gebieterisch fordern. Deshalb müssen die Völker, die auf ewige Zeiten den Frieden gesichert wissen wollen, am 1. Mai für den Bund der Völker ihre Stimme erheben. Je stärker das geschieht, desto mehr wird das gesamte Ausland einsehen müssen, daß das alte unfreie Deutschland für immer erledigt ist und das deutsche Volk dafür sorgt, daß der Friede nie mehr gestört werde.

Die Massen des Volkes müssen aber auch allen denen, die die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkennen wollen, am 1. Mai zu verstehen geben, daß die Deutsche Republik keine vorübergehende Erscheinung ist, und daß der Sozialismus in Deutschland unaufhaltbar marschieren wird. Damit das nachdrücklich gesagt werde, muß am 1. Mai die Arbeit ruhen. Der diesjährige 1. Mai muß die Machthaber von gestern, die nichts gelernt und nichts verstanden haben, lehren, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter keine Leierklänge dulden. Sie sind entschlossen, die politischen Errungenschaften der Revolution auszubauen und den arbeitenden Massen einen entscheidenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu sichern.

Ihr Städtchen alle in Stadt und Land, rüftet in diesem Sinne zur Speerspitze am kommenden 1. Mai!

Berlin, den 4. April 1919.
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Demokratie oder Räteystem?

Karlsruhe, 8. April.

Aus Bayern kam gestern die Nachricht, daß das werktätige Volk Bayerns sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen die kapitalistische Zusammenschlossen und die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die öffentliche Gewalt übernommen haben. Ob der Aufruf in ganz Bayern anerkannt wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Wir möchten das einstweilen bezweifeln und fürchten, daß es zu einem Bürgerkrieg kommen wird. Auch über die Stellungnahme der bayerischen sozialdemokratischen Partei liegen verschiedene Berichte vor, aus denen man sich kein Gesamtbild machen kann. Der Umstand, daß Bayern in der Novemberrevolution den anderen deutschen Staaten vorangegangen ist, legt den Gedanken nahe, daß es auch mit der zweiten Revolution vorangehen wird und die anderen deutschen Staaten automatisch folgen werden. Damit ist die Frage Demokratie oder Räteystem publik in den Vordergrund der Diskussion gestellt. Zur Klärung der Frage kommt uns eine unabhängige Stimme zum U.S.P. Parteitag zu flößen.

In der „Vergleichenden Arbeiterstimme“ nimmt C. (Erdmann, Dr. Ing.) in einem „Klärung“ über die oben erwähnten Artikel zum Verlauf des U.S.P. Parteitages Stellung. Er erörtert die Frage: Demokratie oder Räteystem. Was dazu gesagt wird, dürfte unsere Leser schon des Verfassers halber interessieren; zum andern aber auch deshalb, weil diese Frage auch durch die unabhängigen kommunistischen Streikforderungen berührt wird. Wenn die Frage der Fassung sich mit der der U.S.P. deckte, würde eine Verständigung beider sozialdemokratischen Parteien über diese Frage leicht möglich sein.

E. Krebst:

Am Unklarheit bleibt nach wie vor die Frage, an der sich die Geister scheiden zu sollen scheinen: Die Stellung der Arbeiterräte im Verhältnis zum Parlament wie im Verhältnis zu den Organisationen (Partei und Gewerkschaften), ihre Zusammenlegung (Wahlberechtigung und Wählbarkeit) und ihrer Befugnisse. Das vielbesprochene russische Vorbild läßt uns hier vollständig im Stich. Was wir über die Vorgänge in Rußland seit der Herrschaft der Bolschewiken wissen, ist sehr unzuverlässiger Art. Von der Parteienhaft und Gunst berührt, schwankt das bolschewistische Charakterbild in der Geschichte, soweit wir sie bisher zu überblicken vermögen. Auf so unsicherer Grundlage sollte man keine Berechnungen und Sophismen lieber nicht aufbauen, vor allen Dingen sollte man nicht aus den Augen lassen, daß Deutschland nicht Rußland, und daß es überhaupt bedenklich ist, eine Einrichtung wie die Arbeiterräte von dort nach hier zu übertragen, von der wir nicht einmal wissen, ob sie sich auf ihrem ursprünglichen Boden bewährt hat, von der wir aber noch viel weniger wissen, ob sie sich bei uns, also unter ganz anderen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen bewähren wird.

Von großer Bedeutung waren in dieser Beziehung die Ausführungen des Vertreters der russischen Sozialdemokratie

traten (Kurland) Genossen K. I. Inberg über die Erfahrungen, die man in seiner Heimat Kurland mit dem Räteystem gemacht habe. Er jagte:

„Wir haben das Räteystem in der Praxis erlebt. In erster Linie müssen jetzt sozialistische Taten kommen, aber die haben wir von den Räten und unseren Genossen in Rußland fast gar nicht gesehen. Die kommunistische Regierung Rußlands hat Letztend nur eines gebracht: völlige wirtschaftliche Anarchie. Diejenigen Genossen, die das Räteystem nur theoretisch debattieren, mögen zu einem anderen Ziele kommen. Praktisch ist es gewiss nicht das Mittel, das zum Sozialismus führt. Die jetzt aus Rußland nach hier zurückgekehrten Genossen haben sich fast alle wieder zur Demokratie bekehrt. Das Räteystem als allein heilbringendes Mittel anzusehen, wäre nicht richtig. Demokratische Selbstverwaltungskörper und neben ihnen Räte können ganz gut zusammenarbeiten, wie die Praxis in Kurland beweist.“

Diese Ausführungen eines mit den russischen Verhältnissen vertrauten Genossen sind nicht gerade begeistert, Begeisterung für das Räteystem zu wecken und die Haltung desjenigen Teils der Unabhängigen zu revidieren, die da glauben, daß die Demokratie, daß das Parlament sich überlebt und schleunigst den Arbeiterräten Platz zu machen habe. Die aus Rußland nach hier zurückgekehrten Genossen haben sich fast alle wieder zur Demokratie bekehrt, herabsetzt der klischee Genosse. Und wir in Deutschland sollen nun auf einmal, wenn es nach dem Willen eines Teiles der Unabhängigen geht, den umgekehrten Weg einschlagen, nämlich uns von der Demokratie, der alleinigen machenden Kraft der Arbeiterräte befehlen! Ehe man ein solches Verlangen stellt, sollte man als mindere Vorbedingung klare und sichere Aussichten zu geben wissen, wie man sich die Wahl, die Zusammenlegung, die Befugnisse der Arbeiterräte und ihr Verhältnis zur Partei, den Gewerkschaften und den gewählten Volksvertretungen denkt. An der hierzu nötigen Klarheit und Gewißheit fehlt es aber bislang noch vollständig, und auch der Parteitag hat sie nicht geschaffen.

Die in manchen Kreisen der Partei sich bemerkbar machende Anwendung von der Demokratie hat ihren Grund in dem unbedingten Ergebnis der Wahl zu den Nationalparlamenten. Aber weshalb klagt man hier die Demokratie an, statt diejenigen, die sich der Demokratie nicht zahlreich, nicht entschieden, nicht wirksam genug bedient haben? Vor allem sollte man doch nun endlich einsehen lernen, daß die Uebel, die wir beklagen, in der Uneinigkeit der Sozialdemokraten wurzeln, weil sie das Proletariat verwirrt, schwächt und lähmt und daher unfähig macht, sich der Demokratie zum Besten des Sozialismus zu bedienen. Und leider stehen in der Sozialdemokratie nicht nur zwei Richtungen einander gegenüber, sondern die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zerfällt auch noch wieder in zwei (oder sind es drei?) weit auseinandergehende Gruppen. Unter solchen Umständen ist allerdings zunächst nicht zu erwarten, daß das sozialistische Proletariat seine volle Macht zur Geltung bringen kann. Dieser Umstand ist schuld, daß die Revolution

mit ihren Ergebnissen hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, nicht aber die Demokratie.

Was nun aber kommen möge, man beherrsche ein ernstes Wort:

Wir leben in harten Zeiten. Anders, ganz anders haben sich wohl alle die Zeit nach dem Kriege dargestellt. Wenn doch nur erst einmal das Nordens aufgehört! Das war der schönste Wurm, draußen und drinnen. In der Beendigung des Nordens sah man die schwachen Anfänge einer besseren, menschenbeglückenden Zeit.

Sollten diese frohen Hoffnungen völlig enttäuscht werden!? Das Völkermorden ist zu Ende, der Bürgerkrieg aber wurde entfesselt. Was in Berlin, Bremen, Rotterdam, Galle usw. geschah — es mußte jedem menschlich Denkenden das Blut in den Adern erstarren machen — jedem menschlich Denkenden und darum erst recht uns Sozialisten. Auch in Baden spielt man in gewissen Kreisen mit dem Gedanken des Bürgerkrieges. Bürgerkrieg! Ein schreckliches Wort. Die Geschichte lehrt, daß er blutiger, brutaler ist, wie jeder andere Krieg. Gätten darum nicht alle Menschen die Pflicht, dies Elend dem Volke zu ersparen? Die Waffen nieder! Werdet wieder zu Menschen! Laut möchten wir es in die Welt hinausschreien — so laut, daß es jeder Mann durch Mark und Bein geht, daß das in jedem Menschen liegende menschliche Gefühl wachgerufen wird und so stark anschwillt, daß es sein Handeln völlig beeinflusst.

Wer aus den harten Zeiten, die hinter uns liegen, folgern will, was zu geschehen hat, um den Jammer der Menschheit nicht wieder erleben zu lassen, der muß uns bestimmen, der muß mit uns wirken an der Erreichung dieses hohen Menschheitsideals: Wir wollen auf Erden glücklich sein, wir wollen nicht mehr darben...!

Unser sozialistisches Ueberzeugungsweist uns den Weg, den wir zu diesem Ziele einzuschlagen haben. Als Menschen im höchst-moralischen Sinn des Wortes wollen, müssen wir in gemeinsamer Tätigkeit dieses Ziel zu erreichen suchen. Unter ganzes Tun und Streben soll geleitet sein von dem Willen, dem Ganzen zu nützen. Sein kleines „Ich“ muß man stellen unter das „Wir alle“. Anders soll es sein, wie im kapitalistischen Staate, wo das „Ich“ Leitziel war. Aber nicht nur den Sozialismus fordern, selbst auch Sozialist sein, sozialistisch denken, sozialistisch handeln.

Geschähe dies, das häßlichste Wort „Militarismus“, es gehörte völlig der Vergangenheit an. Wir würden jedem einen so tiefen Haß gegen den Militarismus, daß dieser Haß nicht halt machte vor dem uniformierten Militarismus, sondern allen Militarismus umstoß — gleichviel in welchem Gewand er auftritt — auch den in sich selbst. Nur wenn ein so tiefer Haß allgemein das Denken wird, werden wir die Volksgeißel Militarismus endgültig erledigt haben.

Die Revolution hat uns politisch das gleiche Recht für alle gebracht. Auf dieser demokratischen Grundlage wollen wir den Bau unserer jungen Republik im Sinne des Sozialismus durchzuführen. Demokratisch, sozialistisch aber muß auch unser Denken und Handeln werden, soll das schwermere Werk gelingen, soll es geschehen, daß unser Volk aus dem Tal des Jammers herauskommt, hinaufschwimmend kann auf die sonnigen Höhen.

Die gegenwärtigen Verhältnisse mahnen uns, diese Gedanken anzuspitzen, immer und immer wieder. Mögen sie doch überall williges Gehör und Befolgung finden.

Weitere Nachrichten aus Bayern.

Verlegung der Regierung nach Bamberg.

Berlin, 7. April. Wie die „B. Z.“ am Mittwoch bemerkt, hat sich der bayerische Ministerpräsident mit mehreren Mitgliedern der Regierung, die die Räterepublik ablehnen, nach Bamberg begeben in der Absicht, von hier aus die Geschäfte weiterzuführen und doch in auch den bayerischen Landtag auszurufen. Zum Stütze der Regierung und des Landtags ist das Freiwilligenkorps Epp aus Oberfranken nach Bamberg dirigiert worden. Man hofft, daß es gelingen wird, die Macht der deutschen Räteregierung auf München und Umgebung zu beschränken. Die Regierung in Bamberg beabsichtigt, die regierungstreuen Truppen aufzuführen und zum Schutze der Demokratie zur Verfügung zu stellen.

Kundgebung der Regierung des Freistaates Bayern.

Bamberg, 8. April. An die bayerische Bevölkerung! Die Nachricht, daß die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann zurückgetreten sei, ist unwahr. Der vom bayerischen Landtag einstimmig gewählte Ministerpräsident Hoffmann hat den Sitz der Regierung gestern nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern. Nur ihre Anordnungen und Befehle sind zu vollziehen. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig. Die Regierung des Freistaates Bayern.
Hoffmann, Ministerpräsident.

Aufruf des revolutionären Zentralrates

München, 7. April. Der revolutionäre Zentralrat Bayerns veröffentlicht in der heutigen Morgenseitung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgenden Aufruf: An das Volk in Bayern! Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernschaft Bayerns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten, sind — durch keine Parteigegensätze mehr getrennt — endlich einig, daß fortan jegliche Aus-

beutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Bewirkung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, eine gerechte sozialistische kommunistische Herrschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwindenen früheren kapitalistischen Zeitalters, ist aufgehoben. Das von ihm eingesetzte Ministerium ist zurückgetreten. Die von verantwortlichen Vertrauensmännern geleiteten Arbeiter erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen Kräfte des Beamten-tums, zumal die unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie wird aber unverzüglich aufgehoben. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von innen und von außen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiele der russischen und der ungarischen Räter. Sie nimmt sofort die Verbindung mit diesen Räter auf, dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistische, kapitalistische, militaristische Geschlecht des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzen. Sie ruft alle deutschen Vorkämpfer auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet und der ganzen Welt entbietet die bayerische Räterepublik ihren Gruß. Zum Zeichen der freundschaftlichen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des Abschlusses vom ständischen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern, es lebe die Räterepublik, es lebe die Revolution!

Kommunistische Forderungen für die Räteregierung.

- München, 6. April. (Reichs-Tele.) Die kommunistische Zentrale für Nordbayern stellt folgende Mindestforderungen für die Bildung einer bayerischen Räteregierung auf:
 1. Es wird eine Regierung gebildet aus neun Volksbeauftragten, die bis zur Neuwahl revolutionärer Betriebsräte und des aus ihnen hervorgehenden Zentralrats diktatorisch die gesamte gesetzgebende und vollziehende Macht ausüben.
 2. Um einer bürgerlichen Gegenrevolution aus Bayern oder Preußen entgegen zu treten, hat der Volksbeauftragte für militärische Angelegenheiten sofort eine rote Armee aufzustellen, über die diktatorisch verfügt. Sämtliche Waffen und die Munition des ganzen Landes stehen zu seiner Verfügung. Sämtliche bürgerlichen, einschließlich der Offiziere und Studenten, sind sofort zu entlassen. An der Spitze dieses Kommando steht ein Vertrauensmann der kommunistischen Partei Deutschlands.
 3. Die bayerische Räteregierung lehnt ein Zusammenarbeiten mit der Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung ab und beruft ihre Vertreter aus Berlin und Weimar zurück, bis eine vertrauensverdienende Regierung an ihre Stelle getreten ist.
 4. Die bayerische Räteregierung nimmt sofort die Beziehungen zur russischen und ungarischen Räterepublik auf.
 5. Die Regierung wird mit den radikalsten Mitteln die vollständige Umwandlung der kapitalistischen Volkswirtschaft in eine kommunistische in Angriff nehmen. Sie wird vor keinen Angriffen in das private Eigentum zurückweichen.
 6. Die Presse wird sozialisiert. Bis zur Durchführung der Sozialisierung werden alle Bestrebungen gegen das Rätesystem diktatorisch unterbunden.
 7. Die kommunistische Partei Nordbayerns lehnt im Rate der Volksbeauftragten die Zusammenarbeit mit bisher kontrerevolutionären und in Bezug auf das Rätesystem kompromittierten Sozialisten ab.
 8. Zur Unterdrückung der revolutionären Bestrebungen wird ein Revolutionsgericht mit besonderen Vollmachten aufgestellt.

München, 6. April. Die Stadt Jülich hat sich der Räterepublik angeschlossen. Am 10. Uhr fand eine Versammlung auf dem Schloß statt, wo nach verschiedenen Ansprachen die Räterepublik ausgerufen wurde. Oberbürgermeister Dr. Wild erklärte seinen Rücktritt, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen könne. Im Rathaus sind sämtliche Büros geschlossen bis auf den Tagesdienst. Die Schulen sind geschlossen, die Arbeiter haben die Betriebe verlassen.

Magdeburg, 7. April. Mittags 12 Uhr. Soeben hat der Arbeiter- und Soldatenrat, der aus den geeignetsten sozialistischen Parteien besteht, sich für die Räterepublik erklärt. Eine einzige Stimme war dagegen.

München, 7. April. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Zentralrat der Räterepublik Bayern hat beschlossen,

Morgenröte.

Eine Novelle von H. H. B. A. N.

1. Der Wiesner war nicht mehr in dem Alter, dem eine Weinballe genügt, sich zu berauschen. Wenn man im Kreise schlamm der Champagne gelegen und die mozedonische Hitze überwinden, vier Jahre lang in einem ungelassenen Krieg gestekt und Tag für Tag sich nach dem „Warum“ gefragt hat, ist man nicht jeder Beliebige. Er hatte es sich damals immer schon gedacht, wenn mit Tagesbeginn die Artillerien ihren „Morgenlegen“ über die Gräben schütteten, daß einmal das Weib und die Lust alle niederbrüden müßten, daß sie wie Stützen unter zu großer Last zerbrechen, oder daß, wie ein überhitzter Kessel ohne Ventile platzt, sich alle eines Tages erheben müßten, um die Waffen gegen die zu richten, die immer befahlen; und man mußte, wenn ein leichter Wind Frühlingwolken am Himmel geräuselt, sah er dieses Bild vor sich, auf dem Scharen von Russen aus ihren Schützengräben schlugen und als schweigende Apokalypse der Menschheit über die Trichterfelder schritten, um den Feinden die Hände der Verhöhnung zu reichen. Das tat sie! Und in diesem Augenblick waren sie alle Tolstoi und Dostojewski.

Über Wiesner war nicht bis zum Ende draußen geblieben. Am 17. Oktober hatte ihm ein Duerkschläger die rechte Wade aus dem Bein gerissen, und dann folgten Wochen, die im Starbolski der Lagarete verdämmerten, eine Genesung zwischen verlogenen Traktäthen und schließlich die Entlassung zum Erleichterung D., das vergißt man nicht. Es gibt selbst im Leben junger Menschen Werkstage, wenn auch wenige, die sie dem Datum nach stets an der Hand haben.

In einem hübschen Samstag, als die Spielleute eben angetreten waren, um mit „Brennens Gloria“ den Weinweg zu

schließen die Wahlen der Arbeiter- und Bauernräte nach den betreffenden Verufen hat es erfolgen und daß im Anschluß daran unverzüglich der Rätekongress einberufen werde. Wahltermin und Wahlordnung werden schleunigst veröffentlicht.

München, 7. April. Auf dem Residenzplatz wurde am 7. April die Räterepublik ausgerufen. Die Banken, Telefon und Zeitungen sind von den kommunistischen Truppen besetzt. Das Militär einschließlich der Freiwilligenverbände sind auf Seiten der Kommunisten. Der Generalfreiw. ist seit heute früh 10 Uhr ausgebrochen. Sämtliche Fabriken und Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen.

Pressestimmen.

Die Berliner Abendblätter besprechen die Ereignisse in München mit großer Zurückhaltung. Der „Vorwärts“ meint: Die bayerische Sozialdemokratie müsse den Weg zur Demokratie zurückfinden. Vor allen Dingen müsse man fordern, daß die Sozialregierung erst dann in Kraft treten dürfe, wenn sie das ganze bayerische Volk in allgemeiner und geheimer Wahl befragt. Was dahin sei die Herrschaft des Münchener Zentralrates eine auf keinerlei Recht begründete Gewaltherrschaft.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Ob die Herrschaft der Diktatoren anhalten könne, könne nicht allein von Bayern ab, sondern zum größten Teil von den Ereignissen im Reich, denn werde eine Frankfurter Räterepublik gegründet, so könne tatsächlich Südbayern oder sogar nur München eine einsame Insel bilden. Das Blatt meint, der Münchener Wahltag könne wegen der Friedensverhandlungen einen ungeheuren Schaden stiften.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ sagt: es handle sich um die revolutionäre Gewalttat einer kleinen Minderheit. Das Recht werde die Räterepublik in Bayern nicht anerkennen.

München, 7. April. Die „München-Kuvsburger Abendzeitung“ schreibt zu den neuen Vorgängen: Der Schwerpunkt für die endgültigen Entscheidungen innerhalb der Sozialdemokratie liegt ausschließlich in Nordbayern, wo die sozialdemokratische Landeskonferenz gleichzeitig mit dem Gau Nordbayern tagt. Dieser Tagung wohnte auch Schnepfenhorst an. In der Räterepublik Bayern sollen die bisherigen Minister durch Volksbeauftragte ersetzt werden. Eine Liste der zukünftigen Volksbeauftragten befand sich bereits am Sonntag Vormittag im Umlauf. Sie ist aus den Vorschlägen der Arbeitssozialisten und der Unabhängigen in der Nacht vom Samstag herbeigezogen und dürfte selbst, wenn die Räterepublik Tatsache wird, noch erhebliche Veränderungen erfahren. Die obersten Staatsämter sind nach dieser Liste folgendermaßen besetzt: Ministerpräsident: Dr. Müller, Inneres: Seelig, Justiz: Dr. Wöhe, Finanzen: Dr. Raffe, Handel: Simon, Sozialversicherung: Dr. Neurat, Kultus: Nießlich, Landwirtschaft: Steiner, Verkehr: Frauenborfer, Militärische Angelegenheiten: Schnepfenhorst, Volkswirtschaft (neu): Landauer, Soziale Fürsorge: Unterleitner. Ein Gesetz über die Enteignung von Betrieben und Vermögenswerten soll nach einer Version erst in Beratung, nach einer anderen Meldung bereits fertig sein. Der Inhalt des Gesetzes ist folgender: Jedes Geschäft (Vermögenswert über 10000 Mark) wird feststellt. Aus dem Vermögen soll getrennt nach der Höhe eine Vermögensabgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber vom Staat mit 3-4 Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staat. Eine ähnliche Regelung soll in Schritten erfolgen. Es handelt sich um eine Maßnahme, die zutreffendfalls der völligen Expropriation der Vermögen sehr nahe kommt, da die Zinsgarantie fehlt.

Eine unabhängige Kundgebung in Mannheim.

Mannheim, 7. April. Am Sonntag vormittag hielt die Unabhäng. Sozial. Partei eine von 10000 Mann besuchte Versammlung ab, in welcher Hauptmann A. D. B. Beerfeldt über „Die Schuld am Krieg“ sprach. Die feiner Ansicht nach ausschließlich auf deutscher Seite, jedoch nicht allein bei der Regierung, sondern auch beim Reichstag liegt. Der zweite Referent Karl Eifel (Berlin) hatte seinem Thema „De France, Was nun?“ getitelt, worin er erklärte, daß die Nationalversammlung der Staatsleitung durch Räte-Rat machen müsse. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der verlangt wird, daß die verantwortlichen Leiter und Volksvertreter vor einen Staatsgerichtshof gezogen werden und daß zu den Friedensverhandlungen unkompromittierte Persönlichkeiten geschickt würden.

Die Lebensmittelleinfuhr gefährdet.

Berlin, 7. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die uns zum Ankauf von Lebensmitteln zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel haben zunächst ausgereicht, um die von den Alliierten garantierten Mengen zu kaufen. Das erste von Deutschland freihändig angelaufene monatliche Kontingent konnte aber nur zum Teil gekauft werden, weil die Zahlungsmittel fehlten. Die weitere Versorgung Deutschlands hängt von der Beschaffung weiterer Zahlungsmittel ab. Wenn die Schlenkförderung weiter verlagert, muß Deutschlands Ernährung zusammenbrechen, bevor die eigene Ernte zur Verteilung reift.

2. Wie kommt's! Das Amt war in einem Hotel unter den Linden eingerichtet, über einem Kaffee, aus dem abends die Musik heraustratete. Es waren viele Offiziere da, die in dritter Person als Herr Rittmeister oder Herr Major zu behandeln waren und immer viel Fragen und Aufträge hatten, und man mußte sich bei der Hand sein und immer Rawohl sagen. Da gab es einen, der war so fein, daß er ein Monopol aufsetzen mußte, um sein „gelesen“ unter die Affenklauen zu legen und einen Hauptmann, der sich bei Wiesner erkundigen mußte, ob nun Mühlhausen eigentlich im Glas oder in Lotzungen läge. Ueberhaupt wurden die Postanten, auf denen diese Persönlichkeiten standen, von Tag zu Tag niedriger, und schließlich sanken jene mit Wiesner auf Schulterhöhe. Es dauerte eine Weile, und es war nicht leicht. Wohl hatte er sich oft im Hinausgehen gesagt: „Ein Klaskalter ist ein Schmetterling, und ein Kofschwing ist auch einer“, aber der Spruch war halt doch lange nur ein Witz auf eine bittere Wille gewesen. Da sah er nun in seinem Büro, schickte die Einladungen, die in Körben von Zimmer zu Zimmer gereicht wurden, zeichnete sie für die in Frage kommenden Bearbeiter aus, strich rot, grün und blau, je nach Berechnung an und blickte unwillkürlich vor sich hin, lange, ohne dabei etwas zu sehen. Die Arbeit bezahte ihm nicht. Auf der Fahrt nach der Hauptstadt hatte er davon geträumt, wie er das tun, sagen und schreiben würde,

Militärische Revolution in Magdeburg.

Berlin, 7. April. (Privatmeldung.) Am Sonntag nachmittag ist laut „D. Z.“ der Vorsitzende des Magdeburger Metallarbeiterverbandes Albin Brandes, der Führer der Unabhängigen Sozialisten, durch einen Marineoffizier und 2 Matrosen verhaftet worden. Daraufhin sind heute 30-40000 Arbeiter in den Ausstand getreten. In einer von 8-10000 Personen besetzten Versammlung wurde von mehreren Rednern gegen die Verhaftung Brandes, der übrigens Mitglied des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrates ist, protestiert und mitgeteilt, daß seine Verhaftung erfolgt wäre, nachdem das Mitglied der Nationalversammlung Weims und andere Reichstagssozialisten von einer Unterredung mit dem Reichsminister Noske aus Berlin zurückgekehrt wären. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, in welcher energisch Einspruch gegen die Verhaftung und Verschleppung Brandes erhoben und in der betont wird, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden solle, als bis die Freilassung des verhafteten Führers erfolgt ist. Wie verlautet, sollen auch noch weitere Verhaftungen stattgefunden haben.

Magdeburg, 7. April. (B.Z. nicht amtlich.) Mitglieder des Regiments nahmen heute mittag den Reichsjustizminister Dr. Landsberg, den kommandierenden General des 4. Armee-Korps v. Kleist und den Hauptmann im Generalfstab Fritz v. Schlichting als Geiseln fest für den verhafteten Führer der Unabhängigen Brandes und die beiden Mitglieder des Zentral-Komitees Kugel und Kiesel und brachten sie unter harter Bedeckung nach der Kaserne Koenigsberg. Auch ist die Festnahme anderer in der politischen Bewegung stehender Männer aus den Reihen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien geplant. Die Haltung der Garnison steht noch nicht fest.

Streikbewegung im Reich.

Berlin, 8. April. Wie aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, machen linksheftige Unabhängige und Exparatisten in den letzten Tagen ungeheure Anstrengungen, unter der Berliner Arbeiterkraft Stimmung für den Generalfreiw. zu erzeugen, der Dienstag oder Mittwoch in Berlin einfallen soll. Sollte es zu Streiks kommen, so werde jedenfalls nur auf einen Teilstreik zu rechnen sein. Nach der Ansicht eines Arbeiterführers des Ruhrreviers über den Streik der Bergleute dürfte der Streik als verloren gelten. Laut „Vossische Zeitung“ soll in Spandau seitern der Generalfreiw. beschlossen werden und heute verhängt werden. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge haben in Frankfurt a. M. seitern in den Arbeitervereinen 7-8000 kaufmännische Angestellte die Arbeit niedergelegt.

Genf, 7. April. Unter dem Einfluß des Streikes auf den Bezen ist die allgemeine Verkehrsfrage äußerst traurig. Die Förderung ist in der Vormoche zu rund 200000 Tonnen täglich auf rund 44000 am 3. April zurückgegangen. Demgemäß ist auch die Wagenförderung, die bei dem geringen Bedarf stets voll gedeckt werden konnte, weiter zurückgegangen, und zwar von 20000 auf 6000 am 5. April, ferner die Arbeitsleistung beim Umschlag in den Duisburger-Häfen, die sich nach Beendigung des Streiks der Steinbrüchler am 28. März wieder auf etwa 15000 Tonnen gehoben hat, allmählich auf 4000 Tonnen täglich gesunken. Auch in den Kanalanlagen steht es traurig aus. Fast alle Häfen sind mit Leerraum voll, wobei die arbeitsfähigen gesperrt werden mußten. Der geringe Umschlag, der noch in den letzten Tagen erzielt wurde (etwa 5000 Tonnen gegenwärtig gegen 25000 Tonnen täglich in der vorhergehenden Woche), stammt aus Lagerbeständen. Diese Aufladungen sind nicht zu verzögern, da sämtliche an den Kanal angeschlossene Bezen streiken.

Demonstrationen in Frankreich.

Paris, 7. April. Die Manifestation der Union der Syndikate und der sozialistischen Vereinigungen zur Erinnerung an Jaures zog viele Teilnehmer herbei. Der Zug mit den Vertretern der Sozialisten Branting und Banderwede an der Spitze zog unter Aufsicht der Marschälle durch die Straßen. Der Zug defilierte an der Baste Jaures vorbei und löste sich dann auf.

Paris, 6. April. Meuter. Am Laufe der für Jaures veranstalteten Kundgebung hatte eine Gruppe von Demonstranten trotz der begleitenden Polizeibeamten eine schwarz-rote Fahne entfaltet. Die Polizei mußte einschreiten; 4 bis 5 Polizisten wurden verletzt. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Bern, 6. April. Nach der Agence Gaba haben die sozialistischen Sozialdemokraten in einer Straßburger Versammlung ebenfalls einstimmig gegen den Freispruch Villains protestiert, der eine Schreye nicht nur an die sozialistische Arbeiterklasse, sondern an die gesamte Arbeiterklasse sei, und sich bereit erklärt, mit allen Kräften für die Bewirkung des Sozialismus zu arbeiten.

(Weitere Nachrichten siehe Seite 1.)

was er fühlte und was seine Ueberzeugung sei und nun diktierte man ihm. Der Chef gab keine Richtlinien, die zu beachten waren und oft hinter oder mißverständlich neben den Ereignissen herliesen, Sätze, die beim ruhigen Lesen wie burraufschreiende Schlingensiefel auf den Spaziergänger aufzamen und so anmaßend klangen. Wohl hatte er anfanglich dem Bürochef gegenüber seine andere Ueberzeugung und Anschauungsweise zu erklären und feilschensfeldt beizubringen versucht, der aber, ein hagerer, unruhig blinkender Hauptmann, behandelte ihn mit Versehen, wie Karl der Große, der mit dem Schwert in der Hand die Heiden in den Fluß trieb, um sie so zu Christen zu taufen, also zog er sich langsam in das Gebirge des Säweigens zurück, das ihm alles zu überlegen erlaubte, ohne ihn zu verdrängen nur manchmal, wenn er bei irgendwelchen Bemerkungen eines Vorgesetzten lächelte, kam es noch vor, daß sich sein innerer Mensch ins Gesicht drängte und ihn zu verraten drohte. Er aber verstand sich aufs Schlingen und kannte die gefährlichen Klippen. Auch an den Konferenzen, die täglich stattfanden, nahm er bald keinen Anteil mehr. hörte oftmals kaum zu. Einmal fiel ihm dieses Wort Voltaire's ein: „Einige elende Lumpen, die in einer köstlichen Kirche versammelt sind, verachten ohne Pömp die Gebirge einer Religion, von der sie nicht einmal die Gebirge verstehen.“ Er dachte. Eine Schußlade seiner Erinnerungen hatte sich auf irgendeinen Druck hin geöffnet und ein Blatt mit diesem Satz vor die Augen gerückt. Wie festkam die Einfälle oft sind, klarer als Träume und so schlagkräftig. Da kam man eines Tages etwas, während man in der Elektrischen sitzt, wirkt es lässig in den Tod seines Unterbewußtseins und nach Jahren zeigt es sich plötzlich wieder, fast zur passenden Stunde!

(Fortsetzung folgt.)

Die...
 hier 14...
 r...
 Reich...
 vom 15...
 Berord...
 dieje...
 nach...
 dem Kr...
 bringu...
 beite...
 nter K...
 mang...
 ung...
 oder i...
 Bauw...
 gungen...
 Bauite...
 trebe...
 (E...
 insch...
 Die...
 jünger...
 schla...
 das Wol...
 der „S...
 die Ba...
 nuar...
 betref...
 die Ri...
 schaft...
 miss...
 betrau...
 Unte...
 n...
 des J...
 ti...
 n...
 nach...
 8...
 nach...
 menit...
 haben...
 war a...
 der...
 brun...
 Dingen...
 der An...
 fort...
 r...
 Quart...
 erford...
 berord...
 haben...
 reich...
 mehr...
 daß die...
 Der...
 naber...
 Einfuhr...
 Der...
 verlam...
 die zwei...
 Entei...
 recht...
 daß die...
 Eigent...
 Staats...
 nahe...
 stimm...
 4...
 minist...
 der Be...
 Gehalte...
 etats...
 Leuer...
 Was be...
 Nicht...
 einen...
 ist bei...
 auch...
 die ver...
 lere...
 flücht...
 genig...
 Die...
 sind im...
 es wäre...
 das Wor...
 und...
 Lebens...
 schied...
 den 6...
 rechn...
 hat, und...
 welche...
 wöde...
 lassen...
 öf...
 vieler...
 nun ein...
 der aber...
 ren Be...
 Die...
 Aufnahm...
 1918...
 Bestand...
 jedes...
 *...
 hierum...
 auf...
 werden...
 deren...
 schü...
 haben...
 *...
 Die Unn...

Baden.

Bezirkswohnungskommissionare.

Die „Sozialistische Republik“ beschäftigt sich in ihrer Nummer 14 vom 5. 4. 19 unter der Überschrift „Das Wohnungsproblem der Städte“ mit der Verordnung der Reichsregierung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 15. Januar 1919, Reichsgesetzblatt S. 69. Nach dieser Verordnung sind die Landeszentralbehörden verpflichtet, für diejenigen Bezirke, in denen sich ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen in der Ueberanzzeit nach dem Kriege herausstellt, zur schnellen Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien Bezirkskommissionare zu bestellen. Dienen dient die Förderung der Herstellung geeigneter Klein- und Mittelwohnungen ob. Sie können u. a. mangels genügenden Baulandes gegen angemessene Entschädigung Grundstücke enteignen, mit einem Erbschaftsteuerzuschlag oder in Zwangsacht nehmen, von der Einhaltung händlerischer Bauvorschriften befreien, die in Betracht kommenden Genehmigungen erteilen, die Herstellung der erforderlichen Regel und Baupläne, nötigenfalls durch Beschlagnahme widerrechtlicher Baulen, erwirken, die zum Bauvorhaben benötigten Naturerzeugnisse (Holz, Kies, Sand, Lehm etc.) enteignen und überflüssige, insbesondere Luxusbauteile verbieten.

Die „Sozialistische Republik“ meint, Regierung, Bezirksämter und Stadtverwaltungen hätten diese Verordnung unter Verletzung der Aufforderung, am 13. April diese Regierung durch das Volksreferendum zu befragen. Bei diesem Anruf ist aber der „Soz. Rep.“ inwiefern ein kleines Malheur passiert, als sie die Bad. Ministerialverordnung vom 30. Januar 1919, die Behebung der dringenden Wohnungsnot betreffend, Bad. Ges. u. Verordnungsblatt S. 33, übersehen hat, wonach als Landeszentralbehörde im Sinne der Reichsverordnung das Ministerium für Ueberangewirtschaft und Wohnungsweisen bestimmt wird und die Landeskommissionare mit den Befugnissen der Bezirkswohnungskommissionare betraut werden.

Unterlagen hat man also die Reichsverordnung in Baden nicht. Aber richtig ist, daß die Öffentlichkeit ein dringendes Interesse daran und ein Recht darauf hat, über die Tätigkeit der Landeskommissionare auf diesem Gebiet näheres zu erfahren. Es sei darauf hinzuweisen, daß nach § 11 der Reichsverordnung die Landeszentralbehörden dem Reichsreferent am Ende jeden Kalenderjahres Zusammenstellungen über die getroffenen Maßnahmen einzulegen haben. Die erste dieser Zusammenstellungen war also am 1. April 1919 fällig.

In weiten Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß von Seiten der verantwortlichen Stellen gerade auf dem Gebiete der Wohnungsfrage nicht energisch genug und vor allen Dingen nicht rasch genug durchgegriffen wird. Soll dieser Ansicht nicht neue Nahrung zugeführt werden, so ist die sofortige Veröffentlichung der Tätigkeitsberichte der Bezirkskommissionare an der Hand der erwähnten Zusammenstellungen unerlässlich. Es ist aber weiter erforderlich, daß die Landeskommissionare, soweit sie der Reichsverordnung bisher nicht die genügende Beachtung geschenkt haben sollten, veranlaßt werden, von den gebotenen Handhaben reichlich und rasch zum Zwecke der Ueberwindung der sich immer mehr verärgerten Wohnungsnot Gebrauch zu machen. Auch daß dies geschehen ist, will die Öffentlichkeit erfahren.

Der 1. Mai. Wie wir hören, besteht in der badischen Nationalversammlung Genehmigung, den 1. Mai als Feiertag für die Einführung der republikanischen Verfassung in Baden einzuführen.

Der Ausschuss für Justiz und Verwaltung der bad. Nationalversammlung erledigte in seiner Sitzung am Montag nachmittags die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über das vereinfachte Enteignungsverfahren. Am aufgetretene verfassungsrechtliche Bedenken zu beseitigen, wurde einstimmig beschlossen, daß die Entscheidung über die Verpflichtung zur Abtretung des Eigentums nicht durch den Landeskommissionar, sondern durch das Staatsministerium erfolgen soll. Im übrigen bleibt der Entwurf nahezu unverändert. Er wurde in der Gesamtsitzung einstimmig angenommen.

1. Angestellte Behandlung. Man schreibt uns: Nach neuerer ministerieller Verfügung werden die laufenden Steuerungsstellen der Beamten, statt wie bisher am Ende des Monats, nun mit dem Gehalte am Anfang des Monats vorabbezahlt, aber nur bei dem tatsachlichen Kräfte. Die nichttatsachlichen erhalten ihre Steuerungsstellen erst von der Mitte des Monats an ausbezahlt. Was dem einen recht, meinen wir, ist dem andern billig! Der Nichttatsachliche hat dem bezorgten Kollegen gegenüber also einen Vorsprung von 15 Tagen „voraus“. Die Arbeit im Beruf ist bei beiden „Klassen“ die gleiche, die Behandlungswiese jedoch auch in diesem Falle nicht. „Finanztechnische Schwierigkeiten“, die verschiedene Behandlung etwa nötig machen, müssen im Interesse des Grundgesetzes des demokratischen Staatsbaues: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte beseitigt werden. Möge dieser Hinweis genügen um den geschätzten Nebelstand abzuleben zu lassen.

Die Besizerungsverhältnisse der mit 1. April in Baden beantragten sind immer noch auf dem gleichen Standpunkt wie vor dem Kriege; das wäre jetzt an der Zeit, daß mit unklarer Verflechtung für das Fortleben, besonders älterer Beamten, Sorge getragen wird; und um dies zu ermöglichen, sollten alle Beamten, welche das 65. Lebensjahr überschritten haben (wie in Preußen) ohne Unterschied und Rückwärtsnahme in den Ruhestand versetzt werden. Das von der Regierung in diesem Sinne in jüngster Zeit den 65jährigen Beamten gezeigte Entgegenkommen, durch Einrechnung der Steuerungsbezüge bei der Ruhegehaltsberechnung, hat, und ganz besonders bei jenen über 65 Jahre alten Beamten, welche infolge später Dienstjahre das zur vollen Pension nötige Dienstalter noch nicht haben, seine Wirkung verfehlt. Diese lassen es auf den blauen Brief ankommen, der leider ausbleibt, obwohl rein dienstliche und soziale Gründe eine Zurücksetzung vieler dieser älteren Herrn befürworten. (Wie wir hören, soll nun ein neuer Entwurf der Generaldirektion herausgekommen sein, der aber wiederum eine Halbheit ist und den Wünschen der jüngeren Beamten in keiner Weise Rechnung trägt. Die Red.)

Die Umlage für die staatliche Viehversicherungsversicherung. Der Aufwand für gefallene oder gestorbene Rindvieh betrug im Jahre 1918 94 000 M., der ungedeckte Aufwand 98 850 M., jedoch bei einer Bestände von 622 381 Stück Rindvieh eine Umlage von 16 S für jedes Stück zu zahlen ist.

Der badische Landesfeuerwehverband hat bei dem Ministerium des Innern den Antrag eingebracht, es sollte in die neu zu schaffende Gemeindeordnung eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Gemeinden derantlastet werden, alle Einwohner, deren Objekte nach gesetzlicher Vorschrift gegen Feuergefahr geschützt sind, der Pflicht oder der freien Feuerwehr beizutreten haben.

Wittersdorf bei Rastatt, 7. April. Hier haben Stallbesitzer die Anwesen getrieben und dem Landwirt Hermann Frey ein

Aus der Witwe Edmund Reich eine Rüge, dem Landwirt Otto Müller zwei Jädein, und aus andern Ställen verschiedene Hajein gestohlen.

Mannheim, 7. April. Aus dem ersten Hofenboden in Mannheim wurde am Sonntag die Leiche des seit dem 19. März vermißten 18jährigen Volksschülers Johann Reiberich gefunden. Man vermutet, daß Reiberich aus Furcht vor Strafe sich ertränkt hat.

Mannheim, 7. April. Der Verein der chemischen Fabriken in Mannheim hat im Jahre 1918 einen Reingewinn von 1 857 770 M. erzielt gegen 3 542 385 M. Es wurde eine Dividende von 12 Proz. (i. S. 20 Proz.) und ein Bonus von 5 Proz. (i. S. 10 Proz.) zu verteilen in Aussicht genommen. Für Kriegsteuerungszulagen, Wohlfahrtsbeiträge wurden im Jahre 1918 1 182 233 M. ausgegeben.

Mannheim, 7. April. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, 150 Mannheimer Kinder 5 Wochen lang zur Erholung in der Schweiz unterzubringen.

Wittighausen bei Tauberbischofsheim, 7. April. Bei einer vor dem hiesigen Postgebäude vorgenommenen Kontrolle wurde von zwei Zivilpersonen, die sich als Kontrolleure ausgaben, Pakete mit Butter, Mandelfleisch und Eier beschlagnahmt. Ob es sich um staatlich bestellte Kontrolleure handelt, wurde nicht bekannt.

Kommunalpolitik.

Bruchsal, 6. April. Der Stadtrat beantragte beim Bürgerausschuß einen neuen Kriegskredit von 300 000 M.

Mannheim, 6. April. Der Stadtrat hat beschlossen, die zur Herstellung einer unmittelbaren Straßenverbindung zwischen dem Bahnhof Mannheim und Ludwigshafen am 28. Mai 1914 genehmigte Straßenbahnlinie so rasch als möglich auszuführen zu lassen. Man hofft auf die Gewährung eines Reichs- und Staatszuschusses von 800 000 M. zu den Ueberbaukosten. — Um Wohnungen zu gewinnen, werden in Wittighausen untergebrachte städtische Amtsstellen in das Schloß verlegt.

Sachsen, 5. April. Der Vorschlag für 1919 ist aufgestellt. Der Umlagefuß beträgt wie bisher für Einkommen aus Vermögensgegenständen 50 S, für Kapitalvermögen 25 S und für die öffentlichen Einkommen 80 S. Den jährl. Beamten wird eine Gehaltserhöhung von 30 % ab 1. Januar 1919 gewährt. Die Bildung eines Reservefonds für Wasser-, Gas- und Stromleitung mit je 10 000 M. wird beschlossen. Ebenso die Gründung eines Fonds für das S. Zt. zu erstellende Schlachthaus. Gegen die Aufhebung der Zwangsbeschlagnahme der Eier hat der Gemeinderat Beschwerde erhoben. Sie soll solange fortbauern, bis auch der Winderbemittelte in der Lage ist, die Eier zu einem seinen Verhältnissen entsprechenden Preise zu erwerben.

Waldshut, 6. April. Dem Bauverein wurde von der Stadtverwaltung ein Darlehen von 200 000 M. zur Herstellung von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt.

Soziale Rundschau.

Sonderare Zustände im Lazarett „Landesbad“ in Baden. Baden. Im Lazarett Landesbad in Baden-Baden scheinen noch immer die alten Zustände zu herrschen, wie sie in der Vorkriegszeit des Militarismus üblich waren. Der Polizeiaufsichtsrat und das Sanitätspersonal, das zum großen Teil während des ganzen Krieges im Lazarett in Baden-Baden weilt, hat sich nicht ganz befremdet, eine bessere Art als die Patienten, die sich nach den Strapazen des Feldzuges, nach den Krankheiten und Verwundungen, dort zur Genesung aufhalten. Als ein Schirmmeister, der im Lazarett als Patient untergebracht ist, sich über diese Zustände äußerte, entgegnete ihm ein Sanitätsfeldwebel, ob es ihm denn nicht klar sei, daß dem Personal etwas anderes zuzuführen, wie den Kranken, die doch nur vorübergehend da seien, während das Personal ständig da sei. Daraufhin reichte dieser Schirmmeister beim Leiter des Lazarets eine schriftliche Beschwerde wegen der Verwundung des Sanitätspersonals unter Nennung von Zeugen ein. Als dieser selbe Schirmmeister kürzlich den Gehaupt um einen zweitägigen Urlaub bat, den er benötigte, um Schritte wegen einer Jubiläumsgelbstung zu unternehmen, wurde ihm dieser Urlaub vom Gehaupt verweigert, und zwar unter der Begründung, daß ein gerichtliches Verfahren wegen der eingereichten Beschwerde gegen ihn schwebte. (1) Wir glauben, daß die Menge des Landesbades besser daran täten, sich um die sinnlichstehenden Zustände in ihrem Lazarett zu kümmern, als frange und verwundete Feldzugsteilnehmer zu schämeieren.

Besserung des Arbeitsmarktes. Die Lage des Arbeitsmarktes weist in der letzten Zeit inwiefern eine Besserung auf, als die Zahl der Erwerbslosen langsam im Sinken begriffen ist. Nach den letzten Meldungen der Arbeitsämter und Bezirksarbeitsnachweise sind in Baden nach 16 565 Arbeitslose vorhanden. Unter diesen befinden sich 11 507 Männer und 5068 Frauen. Bei Vollzeitarbeitern werden zurzeit insgesamt 8130 Arbeitskräfte beschäftigt. Besonders in der Landwirtschaft, sowie im Verleumdungsgewerbe, in der Goldwaren- und Holzindustrie sowie in der Hauswirtschaft besteht eine verhältnismäßig gute Aufnahmefähigkeit. Den Beruf nach für offene Stellen in größerer Zahl vorhanden für Zimmerleute, Schreiner, Maurer, Formner, gelehrte Feinmechaniker, Maschinenführer, gelehrte Arbeiter für Holzindustrie, Schneider und Schuhmacher, Putzmaschinen, Gartenarbeiter, ungelernete Tischlerarbeiten und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Bauwirtschaft hat überall kräftig eingeseht und nimmt ständig an Umfang zu. In der Holzbranche ist noch keine Besserung zu verzeichnen. Die Verleumdung ist in Baden durch die Abgabe von Kolonnen und Wagen an die Entente noch ziemlich ungenügend.

Gaupperversammlung des Verbandes badischer Lokomotivbeamten. Der Verband badischer Lokomotivbeamten und deren Anwärter hielt in Freiburg seine Hauptversammlung ab. Ganz besonders gaben die Regelung der Dienst- und Ruhezeit, die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse die Hauptgegenstände, die zur Besprechung und Sachfragen und die Behandlung durch die Vorgesetzten zu Verhandlungen Anlaß. Es wurde dringend verlangt, daß mit der Beamtenpolitik, wie sie der Gehaltsstatistik von 1908 zur Folge hatte, gebrochen und dem badischen Lokomotivführerstande eine der Wichtigkeit und Verantwortung seines Dienstes entsprechende Stellung eingeräumt werde. Auch die Organisationsfragen wurden sehr eingehend behandelt und dabei verlangt, daß ein weiterer Ausbau des Verbandes nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen solle. Dabei wurde es abgelehnt, daß sich der Verband in das Fahrwasser der Ultimatumspolitik begibt; es wurden aber für den Lokomotivführerstand die gleichen Rechte beansprucht, wie sie jedem Staatsbürger im heutigen Volksstaate zustehen, besonders auch bezüglich des Wahlrechts und Streikrechts. Inwiefern von dieser Rechte Gebrauch gemacht werden soll, mußte erst die Entwicklung der Verhältnisse ergeben. Der Lokomotivbeamtenverband sprach seine Bereitschaft aus, alle Fragen in Ruhe und Sachlichkeit mit der Behörde zu verhandeln und verband damit die Erwartung, daß den Lokomotivbeamten in anderer Weise entgegenkommen wird, als bisher. Entschlossen wurde, daß manche Vorgesetzten mehr von dem Geiste des neuen Volksstaates in sich aufnehmen müßten, wenn ein friedliches Arbeiten der Lokomotivbeamten mit ihnen möglich sein sollte. Auf das freundliche wurde es begrüßt, daß die Vereinigung der Heizer sich dem Lokomotivführerverbände anschließen wolle, da hierdurch eine geschlossene Organisation aller Lokomotivbediensteten geschaffen werde. Die Neuwaahlen verliefen in voller Einmütigkeit; zum 1. Vorsitzenden wurde Lokomotivführer W. Ludwig einstimmig gewählt.

Die katholische Kirche und der Landaufenthalt für unterernährte Stadtkinder. Erzbischof Dr. Körber hat einen Aufruf erlassen, in welchem die Landbevölkerung aufgefordert wird, auch in diesem Jahre für unterernährte Stadtkinder Landaufenthalt gewähren zu wollen. Wie in dem Aufruf gesagt wird, konnten Dank der großen Opferwilligkeit guter Familien auf dem Lande in der Erzdiözese Freiburg allein durch Vermittlung der Caritas in den Jahren 1916/18 insgesamt 6800 Kinder die Wohlthat eines Landaufenthalts erfahren. Der Erzbischof spricht allen Familien, welche Stadtkinder aufgenommen haben, seinen Dank aus. Für die Kinder, bei denen der Mangel an Lebensmitteln leicht zu Erkrankungen führen kann, soll auch im laufenden Jahre der Landaufenthalt fortgesetzt werden. Der Caritasverband wird die Durchführung wieder in die Hand nehmen.

Bruchsal, 8. April. Statistisches der Allgem. Ortskrankenkasse. Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. April 1919 insgesamt 8188 gegenüber 8250 im Vormonat und zwar 3647 männliche und 4541 weibliche Mitglieder. Arbeitsunfähig Kranke und Wöchnerinnen wurden gezählt 272 gegenüber 287 am 1. März 1919. Nach Stadt und Landbezirk getrennt waren am 1. April 1919 in Bruchsal beschäftigt 4946 inkl. 514 Dienstboten gegenüber 4982 einjährl. 328 Dienstboten im Vormonat; in den zum Rastattbezirk gehörigen 16 Landgemeinden 3242 gegenüber 3277 im Vormonat.

Rastatt, 6. April. Wie wenig die Gesetze von den Behörden geachtet werden, beweist der folgende Fall: Der Bezirksauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge — Heimatamt — Rastatt erließ am 25. März d. J. an die verschiedenen Fürsorgeämter seines Bezirkes ein Rundschreiben zwecks Namhaftmachung von erwerbslosen Kriegsbeschädigten, welche für besondere Unterstützung in Frage kommen. Es sollen Listen eingereicht werden, aus welchen Name, Stand, Religion usw. der erwerbslosen Kriegsbeschädigten ersichtlich sein soll. Weiz der Bezirksauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Rastatt nicht, daß im neuen Deutschland niemand nach seinem religiösen Bekenntnis gefragt werden darf? Es ist unsere Meinung, daß gerade eine Behörde mit gutem Beispiel vorangehen muß, wenn es sich um Achtung des Gesetzes handelt.

Rastatt, 6. April. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt hatte im abgelaufenen Jahre 7500 Mitglieder. Die Ausgaben betrugen 52 000 M. mehr als die Einnahmen. Es soll nun die Erhöhung der Beiträge auf 5 1/2 Prozent vorgenommen werden. Der ungünstige Abschluß der Jahresrechnung ist in erster Linie auf die im Jahre 1918 zweimal aufgetretene Grippeepidemie zurückzuführen. In zweiter Linie machen sich die Folgen der Kriegsschäden und der allgemeinen Unterernährung bemerkbar.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

Raubmord.

Karlsruhe, 7. April. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kempf begannen heute die Verhandlungen des Schwurgerichts im 2. Vierteljahr 1919.

Als erster Fall stand zur Tagesordnung die Anklage gegen den am 27. Dezember 1899 zu Frankfurt a. M. geborenen Landwirt Wilhelm Siegmund, zuletzt Kanonier in der Ersatzabteilung Feldart. Regts. 50, wegen Raubmordes. Verteidigt wird der Angeklagte von Rechtsanwalt Dr. Häfelin.

Dem Angeklagten ist zur Last gelegt, daß er am 3. September 1918, vormittags etwa 7 Uhr, in der im 5. Stockwerk des Hauses Kaiserstraße 138 in Karlsruhe befindlichen Wohnung des Formners Paulus Mung, der ihn am Abend zuvor bei sich aufgenommen und in seinem Bett hatte schlafen lassen, mit einem kleinen Seitengewehr, das er in der Abicht, Mung umzubringen, am Abend zuvor mit ins Bett genommen und in seiner Hosentasche verborgen hatte, dem Mung, als dieser das Bett verließ und sich anfeiden wollte, zunächst einen wuchtigen Schlag in die linke Schläfenseite und sodann noch weitere Schläge in den Kopf, in Hals und Brust verriechte, so daß der Tod des Mung alsbald eintrat, daß er sodann die Wohnung und die Kleider des Mung nach Geld durchsuchte und aus dem Kleiderschrank mindestens 3 M. Bargeld, ferner einen grauen Anzug, in dessen Tasche sich eine silberne Uhr befand, einen Hüft, ein Vorhemd, ein Paar Schuhe, einen Strohhut, ein Paar Strümpfe und einige Wollen haben und Jovin im Gesamtwert von etwa 400 M. entwendete und außerdem den Militärpaß des Mung sowie einen Haus- und Glasküchenschlüssel an sich nahm, worauf er die Wohnung verließ und nach außen abwich.

12 Zeugen und 4 Sachverständige sind zur Verhandlung geladen. Der Angeklagte ist von Inhaftierter Erscheinung, er ist der Sohn eines in Nagelsburg wohnhaften Eisenbahningenieurs. Während des Krieges wurde er, 17 1/2 Jahre alt, zur Ersatzabteilung des Art. Regts. 50 eingezogen. Wegen Unterschlagung und Fahnenflucht wurde er zu Gefängnis verurteilt, von der Strafe wurde nur ein kleiner Teil verbüßt, da der Angeklagte sich ins Feld meldete. Dazu kam es aber nicht, da der Angeklagte aus dem ihm zum Besuch seiner Eltern gewährten Urlaub nach Karlsruhe zurückgekehrt, sich nicht mehr bei seiner Truppe meldete, sondern sich in Karlsruhe und Hambrücken herumtrieb. Wenige Tage vor der Tat lernte er den Formner Paulus Mung kennen, der ein gutmütiger Mensch war und der den Angeklagten mit in seine Wohnung nahm und dort bewohnte. Siegmund kam darauf nochmals zu Mung. Bei einer dieser Gelegenheiten sah der Angeklagte dem Mung 40 M. Als Mung den Diebstahl bemerkte, verlangte er sein Geld zurück. Siegmund gab 27 M. zurück. Zwei Tage zuvor war die Frau des Mung ins Böhmerinnenheim zur Erhaltung ihrer Niederkunft gekommen. Dadurch war Mung mit dem Angeklagten in der Wohnung allein. Sie schliefen gemeinschaftlich in einem Bett, der Angeklagte hatte seine Hufe anbehalten, in deren Tasche er ein kleines Seitengewehr verborgen hatte. Morgens etwa um 7 Uhr geschah dann die Tat. Der Angeklagte gibt zu, den Mung getötet und dann die Sachen gestohlen zu haben, er betritt aber, mit Ueberzeugung gehandelt zu haben. Er sei durch die Drohung des Mung, wenn er sein Geld nicht beibräuge, ihn verhaften zu lassen, gereizt worden und habe dann infolge seiner jährenden und nervösen Veranlagung nicht so recht geguckt, was er tue. Er habe sich auch schon vorher mit Selbstmordgedanken getragen. Der Angeklagte hat nach der Tat seine Uniform mit Zivilkleidern des Geistes vertauscht und die Uniform zurückgelassen, welche bald zu seiner Entdeckung und Verhaftung führte.

Der als Sachverständige benommene Direktor der Menau erklärte den Angeklagten für geistig minderwertig, ohne daß aber seine strafrechtliche Verantwortung ausgeschlossen sei. Die Verurteilung der Geschworenen ergab, daß der Angeklagte der Tötung ohne Ueberlegung in Verbindung mit Raub schuldig sei unter Verwägung mildernder Umstände bezüglich der Tötung. Der Staatsanwalt beantragte hierauf eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren und Ehrverlust von 10jähriger Dauer. Der Verteidiger beantragte die geforderte Mindeststrafe von 10 Jahren. Der Schwurgerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein energischer Arbeiterrat. Der Vater Josef Kräulin, der Vorsitzender des Arbeiterrates Zell i. S. ist, hatte erfahren, daß der Landwirt Josef Raier in Niedbiden ein Schwamm als Selbstverfänger geschaltet habe, obwohl er aus einer früheren Schlachtung noch Reichswehrträte hatte. Am 7. Dezember rückte nun Kräulin mit einem andern Arbeiterrate und zwei bewaffneten Mitgliedern der Volkswehr nach Niedbiden und verlangte von Raier das Schwein, um es für die Bevölkerung von Zell zu beschlagnahmen. Raier verweigerte die Herausgabe, besonders, da der

Sozialdem. Verein. Mittwoch, 9. d. M., abends 6 Uhr, in der „Goldenen Krone“...

Die Wirtschaft im Stadtpark und in der Festhalle wird mit Wirkung vom 1. Juni d. J. an dem städt. Wirtschaftsinpektor...

Von der Volkswehr wurden diesen Monat bis jetzt folgende im Wege des Schleichhandels und Schwarzschmuggels erworbene Artikel beschlagnahmt...

Konzertsaal. Am heutigen Dienstag erscheint nach sechsjähriger Pause Donizetti's einst vielgeliebte „Lucia von Lammermoor“...

Letzte Nachrichten.

Aus Bayern.

Bamberg, 7. April. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei städtischen Regierungsbezirke haben untereinander...

München, 7. April. Heute nachmittag wurde hier die Räterepublik ausgerufen. Aus Anlaß des für heute anberaumten Nationalfeiertages ruht die Arbeit...

München, 7. April. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Nürnberg hat in mehrstündiger Beratung mit 135 gegen 70 Stimmen die Räterepublik abgelehnt.

München, 7. April. Das Generalkommando des 1. Bayer. Armeekorps gibt bekannt: Für den Bereich des 1. Bayer. Armeekorps wird bis auf weiteres der verstärkte Belagerungs-

ausland verhängt. Zusammenrottungen und Demonstrationen sind strengstens verboten. Wer tätlich gegen die Vertreter der Räterepublik vorgeht, wer plündert, raubt oder misset, wird erschossen...

Aus Stuttgart.

Stuttgart, 7. April. Nach einer Besanntschaftung der Staatsregierung kann der Belagerungszustand heute noch nicht aufgehoben werden, da die Spezialisten durch ihren Terror die Arbeiterklasse übernommen haben...

Der Typhus in Wetzheim.

Wetzheim, 7. April. Am Samstag nachmittags sind aus Berlin 22 Rote Kreuz-Schwester zur Pflege der Typhuskranken eingetroffen. Die Zahl der Typhuskranken ist auf 2415 gestiegen...

Magdeburg.

Berlin, 7. April. Von berufener Stelle wird mitgeteilt: Die Reichsregierung wird für diese unerhörte Freiheitsverletzung eines Mitgliedes der Nationalversammlung energisch nachsicht fordern und hat bereits Schritte eingeleitet...

Magdeburg, 8. April. Eine Vertrauensmännerversammlung der Streikenden hat gestern die Proklamierung des Generalstreiks beschlossen.

Berlin, 7. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt das Automobil, mit dem der Minister Landsberg unter Bedeckung

mehrerer Aufständischer von Magdeburg nach Braunschweig gebracht werden sollte, ist in Delmstedt durch die Aufmerksamkeit und Geschlossenheit der Polizei aufgehalten worden...

Streikbewegung.

Düsseldorf, 8. April. Im Laufe des gestrigen Tages ist im Generalland keine Entspannung eingetreten. Sämtliche Buchdrucker beschloßen, wegen Lohnforderungen sofort in den Streik zu treten...

Essen, 7. April. Bei der Firma Krupp ist der größte Teil der Arbeiterschaft durchaus arbeitswillig und auch zur Arbeit erschienen. Demgegenüber hat das sogenannte revolutionäre Streikkomitee die Firma erzwungen, die Werkstätten für die Arbeitwilligen zu schließen...

Berlin, 7. April. Die Angehörigen der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) haben beschlossen, am 8. April in den Ausstand zu treten.

Briefkasten der Redaktion.

Mechaniker N. Kastatt. Wir raten Ihnen, sich mit auf den Protokoll der Familie, bei der Sie wohnen, oder der Postgängerin, bei der Sie essen, aufnehmen zu lassen...

H. Gagsfeld. 1. Anspruch auf Rente besteht, wenn das Verbleiben die Folge einer Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung ist. 2. Wenden Sie sich mit Ihrem Antrage an die Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos in Karlsruhe.

H. A. Ihre Meinung, daß die Kriegsteilnehmer ein halbes Jahr lang von allen Steuern befreit sind, ist richtig.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Auslands, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Bodische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Quisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Züngerbund Vorwärts.) Heute abend 7 Uhr im Vereinslokal Servatiusgasse, 8 Uhr Singstunde.

Karlsruhe-Mühlburg. (Vereinschor - Gemischter Chor) Heute Dienstag abend 8 Uhr Singstunde im „Bürlinger Hof“, Ecke Albstadtstraße.

Stadt. Festhalle Karlsruhe.

Donnerstag, den 10. April 1919, abends acht Uhr, im großen Festhallsaal:

Vortrag des Herrn Pafers Sigismund O. M. C.

„Der Katholizismus und die neue Zeit“.

Eintrittspreise: Mk. 1.--, 50 u. 30 Pfg. Kassen- und Saalöffnung 7 Uhr.

Vorverkauf ab Montag, den 7. April 1919

- Oststadt: Frau Wwe. Jester, Ludwig-Wilhelmstrasse 3. Cigarrengeschäft Kern, Ludwig-Wilhelmstrasse 4. Südstadt: Bilderhandlung Schnappinger, Angartenstrasse 47. Mittelstadt: Herder'sche Buchhandlung, Herrenstrasse 31. Weststadt: Kaufmann Schaar, Lessingstrasse 44. Kranz, Nelkenstrasse 25. Mühlburg: Cigarrengeschäft Rennen, Philippstrasse 1.

Auf der unteren und oberen Gallerie ist Gelegenheit zur unentgeltlichen Kleiderablage geboten. Personen, welche Kleidungsstücke in der Garderobe nicht abgelagert haben, werden gebeten, die Ausgänge durch die Garderoben zu vermeiden.

Mandolinen, Gitarren, Sitarren, Ziehharmonikas

Levy An- und Verkauf, Kaufgeschäfte, Markgrafenstraße 22.

Naturheilverein Karlsruhe

Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr, im Chemiefabrik der Oberrealschule, Kaiserallee 6

Öffentlicher Vortrag

von Professor D. Gäcke über „Verdauungs-Organen und Ernährung des Menschen“.

Verkauf. Eine neue Bestuhlung

mit Holz und Koffein zu verkaufen. W. Kiefer, Rühlheim, Grühlstr. 45, 3. Stock. 2607

Gute Gartenerde

Kann sofort unentgeltlich abgeliefert werden. 2605, Markgrafenstraße 50.

Frauenbaare

läuft 2608, Hskar Decker, Haarhdlg., Kaiserstr. 22.

Heereswein für Ausshank.

Infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse ist der größte Teil des Weines noch nicht eingetroffen. Wir bitten deshalb namens unserer Mitglieder um etwas Geduld. Sobald nach Eintreffen kommt der Wein sofort an die Wirte zur Verteilung. 2608

Verein der Weinhändler und Branntweinbrenner von Karlsruhe und Umgebung (E. V.)

2608

Hygiene der Ehe

Soeben erschien neu in 250. Auflage: Aerialer Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg. A n s d. I n h a l t: Über die Frauen-Ornane. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Stillfähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten usw. - Enthaltensamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. - Eheliche Pflichten, Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten, Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. - Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gefäßsklerose. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. - Bezug gegen Eiusendung von M. 2 - franko oder gegen Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 78.

Dr. med. Levinger Westendstr. 69 Fernspr. 3055 ist von der Reise zurückgekehrt.

Volkswehr

Illustrierte Zeitung für die Soldaten und Bürger der Deutschen Republik. Bezahlungspreis vierteljährlich Mk. 2.25 Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint wöchentlich 2 mal. Probenummern kostenlos.

Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei 2630 Gebr. Himmelhofer, Möbelfabrik, Kriegerstraße 25.

Eisenbahner Taschen

in allen Größen zu haben in Weintraub An- u. Verkaufsgeschäft Kronenstraße 52.

Maurer

sofort gesucht. Wolfardtwiler, Haus 3. Ebenda/elt ist ein ganz neuer Ladenschrank mit Glasanfang und 86 diverse Schabladen abzugeben. 2608

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1. Tr. Seiden-Mäntel Seiden-Jacken Seiden-Röcke zu billigen Preisen. 2671

Wäsch- u. Bugfrau

für jeweils einen Tag in der Woche geg. gute Bezahlung gesucht. Lips, Maxauer 23, 2 Trepp. en 2671

Flechten, Wunden, offene Füsse, Krampfadern

offene Füsse, Krampfadern, Wunden, Flechten, in vorzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- u. juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 1.80 u. 3.50 M.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tutozen-Laboratorium, Szttkolmen-Rominton 7.

Die Nacktheit

Behördlich freigegeben, 20 versch. entzündende Alt- u. Neuestarten, 20 Karten M. 3.--, 100 Karten M. 12.50, Porto extra. Vor in'end. od. Nachh. O. Fischer, Berlin-Gallensee, Marktstr. 13-14, Berlin. 2602

Kaifer-Ringen

(Geflechte), werden haarhart gefärbt, Std. 10 M. Kaiserstr. 34, Baden. 2606

Achtung! Umzüge

mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbstbediener und geübten Leuten gut und billig ausgeführt. Röhres Adam Werle, Scheffelstr. 42, vtr. 1912

Gleichenleiden

dauernde Beseitigung durch deutsch. Heilg. Prof. grat. Sanis Werand München 26 C. 1100

Tabak

Die beste Vorrichtung zum Anbau, zur Behandlung und Selbstherstellung des edlen Rauchtabaks für 1 M. durch O. C. Vortel, Welheim (Oberbay.), Postfachkonto München Nr. 11837. 2118

O. M. Walter

Maler- u. Tapeziergeschäft Durlacherstr. 31, empfiehlt sich in Ausführung aller einschlägigen Arbeiten.

Kastall. Kastall.

Verkauf von 1670 Alt- u. Neu-Möbel Karl Rauch, Kaiserstr. 49. Kaiserstr. 49

Standesbuch-Auszüge

der Stadt Karlsruhe Eheauszüge etc. Stefan Morlock von Obergrombach, Spier alld., mit Maria Ries von Westermühlheim. Karl Herrmann von Ehrlichshausen, Välder hier, mit stat. Kreier, Witwe von Neuffen. August Diehl von Verlin, Sattler hier, mit Luise Kurt von Hagsfeld. Otto Verberich von hier, 2608

Zum Neubau von Kleinwohnungen im Stadtteil Daxlanden sind

1. Grab-, Maurer- u. Betonarbeiten.
2. Steinhauerarbeiten (Kunzstein).
3. Zimmerarbeiten.

zu vergeben.
 Vordrucke können beim Hdt. Hochbauamt, Karls-Friedrichstraße 8 (Eingang Zähringerstraße), Zimmer Nr. 186, abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote längstens bis **Donnerstag, 17. April, vormittags 10 Uhr**, einzureichen.
 2597
 Karlsruhe, 4. April 1919.
 Städt. Hochbauamt.

Arbeitsvergebung.

Es sollen vergeben werden: Die Erd- und Maurerarbeiten für 65 Kleinwohnungen in der Gartenstadt Karlsruhe-Nippur und für 180 Kleinwohnungen in der Gartenstadt Grünwinkel. Die Arbeitsbeschleife können, solange der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Selbstkosten vom Dienstag, den 8. April ab täglich in der Zeit von 1-4 Uhr bei der unterzeichneten Stelle abgeholt werden, wo auch die Zeichnungen eingesehen werden können. Nach auswärts werden Angebotsformulare nicht versandt. Die Angebote sind bis Donnerstag, den 17. April, vormittags 10 Uhr verpackt und portofrei bei der unterzeichneten Stelle einzureichen, und äußerlich als „Angebot“ kenntlich zu machen. Die Öffnung der Angebote erfolgt an vorgenanntem Zeitpunkt, wobei Feuerbestimmungen zu beachten sind.
 2692
 Karlsruhe, 4. April 1919.
 Baubüro der Gartenstadt Karlsruhe-Nippur
 Ostendorfsplatz 4.

Aufgebotsverfahren.

Herr Moses David Goldfischer hier, Luisenstr. 73a, hat als Inhaber der elterlichen Gewalt über seinen minderjährigen Sohn Gedale Markus, geb. 4. August 1899, gleichfalls hier Luisenstr. 73a wohnhaft, den Antrag gestellt das auf den Namen Gedale Markus lautende Sparbuch des Lit. T Nr. 2597 mit einer Einlage von 583 Mk. 06 Pf. für kraftlos zu erklären.
 Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einreichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Buches erfolgen wird.
 2669
 Karlsruhe, 5. April 1919.
 Städt. Sparkassenamt.

Tierdau- Verein.

Mitglieder - Versammlung: jeden 2. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, Nebenzimmer der „Bier-Zehrgesellen“, Hebelstr. 21
 Geschäftsstunden: Montags, Gartenstraße 23, 3. Dienstags u. Mittwochs 12 bis 1/2 11 Uhr.
 Mittwoch, den 9. April d. J., abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Triba ge. ehrten Erwin Diemer über „Die Pflege der Tiere in Heimstädten“. - Freie Aussprache. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Schöllbronn.

Den von gewisser Seite in verläumdender und böswärtiger Weise ausgebreiteten Gerüchten gegenüber stellt der Unterzeichnete hiermit fest, daß die Regierung der Leiche des in meiner Pflege befindenen Kindes den einwandfreien natürlichen Tod des Kindes ergab. Ich zahle demjenigen eine Entschädigung von 10 Mark, der mir den Verbreiter und Veranlasser des Gerüchtes so nennhaft macht, daß ich denselben gerichtlich belang'n kann.
 Johannes Daseruer.

Schlafzimmer Speisezimmer

Möbelhaus Gehr. Bär

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Für **Brautleute**

besonders preiswerte modern ausgeführte **Wohnungs-Einrichtungen**

wie

Schlafzimmer	}	zusammen zu Mark 1275.- 1780.- 2450.- 2950.- 3765.- etc. etc.
Speise- od. Wohnzimmer		
Küchen		

Einzel-Möbel
 Chiffonniers, Vertikos, Flurgarderoben, Sofas etc.
bei billigster Berechnung.

Kostenlose Aufbewahrung.
 Besichtigung ohne Kaufzwang.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Kaiserstrasse 115, Eingang Adlerstrasse.
 Reserve-Magazin Zähringerstrasse 80.
 Telephon Nr. 4997.

Wohnzimmer Küchen

Anbau auf
Offiz. Untertanen-Schmucksäcken
 wäscht u. s. w.

Zaubere 2686
Putzfrau Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2806
 für Mittwoch und Samstag auf einige Stunden gegen gute Vergütung gesucht.
 Doll, Ritterstr. 8, 3. St. Karlsruhe, Körnerstr. 39, im Hof. Telefon 1421.

Gef. Angebote erbitet!
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft,
 Köpferstraße 62
 Telefon 3747

Druckfachen liefert die Buchdruckerei Volkstreuend

Elegante Blusen
 in Crepe de chine, Seide, Voile und Batist
 schicke neue Formen
 Spezial-
Blusenhaus Weiss
 221 Kaiserstrasse 221
 eine Treppe, Nähe Hauptpost.
 Die Ausstellungsräume sind bedeutend vergrößert.
 Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
 Filiale Karlsruhe.

Achtung! Achtung!
Wäschearbeiter u. Wäschearbeiterinnen!
 Mittwoch, den 9. April 1919, abends halb 8 Uhr, findet im „Elefanten“, Kaiserstraße 42 eine öffentliche

Wäschearbeiter- u. Wäschearbeiterinnen-Versammlung

statt. Tagesordnung:
Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Organisationsfragen.
 Referent Gauleiter Koll. Plettli-Frankfurt a. M.
 Im Interesse eines jeden in diesem Berufe tätigen Kollegen und Kollegin liegt es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Keines schließe sich aus, sondern bringe seine Freunde und Bekannte mit.
 2651 Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch den 9. April 1919, abends pünktlich 8 Uhr, spricht im Saal 3 der Brauerei Schrenpp, Waldstraße, Herr Rechtsanwalt Dr. Max Gomburger über:

Die Bedeutung der neuen Steuern für Handel und Gewerbe.

Die Mitglieder der unterzeichneten Vereinigungen, wie auch sonstigen Interessenten sind hierzu freundlichst eingeladen.
 2654

Detailisten-Vereinigung Karlsruhe (e. V.)
 Vereinigung der Karlsruher Handwerker und Gewerbetreibenden.

Karlsruher Geschichts- und Altertumsverein.

Freitag, 11. April, abends 8 Uhr, im großen Rathsaussaal Vortrag von Prof. Dr. A. Ott, Direktor der Humboldt-Schule:
Wege und Ziele der höheren Schulen.
 Gäste und Damen willkommen. - Eintritt frei.
 Eintrittskarten vor und nach dem Vortrag bei dem 1. Vorsitzenden Herrn Landgerichtsrat Stritt.
 2656 Der Vorstand.

Frauenarbeitschule des Bad. Frauenvereins

(gewerbliche Unterrichtsanstalt)
 zur Hebung der Bildung und Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts.
 Montag, den 28. April, vormittags 8 Uhr, beginnen sämtliche Kurse in allen weiblichen Handarbeiten für Töchter aller Stände zur Aneignung allgemeiner Kenntnisse und Fertigkeiten, die das alltägliche Leben von jeder Frau fordert. Außerdem Unterricht im Zeichnen, Buchführung, Rechnen, Deutsch, Lebenskunde, Turnen, Gesang.
 Berufsausbildung für Handarbeitslehrerinnen, Lehrerinnen an Gewerbeschulen, Weibchenerinnen, Melberarbeiterinnen, Zimmermädchen und Kammerjungfern.
 Große Pension für auswärtige Schülerinnen in der Anstalt. Sorgfältige Erziehung und Pflege. Sagen u. durch die Anstalt, Gartenstr. 47. Leiterin: Frau ein Hofmeier Maher, Hauptlehrerin: Minnefeldungen täglich zwischen 1/2 11 und 12 Uhr oder schriftlich.
 Karlsruhe, im März 1919.
 2097 Der Vorstand
 der Abteilung I des Bad. Frauenvereins.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 8. April 1919. 2670
 Vorstellung des Badischen Landes-Theaters.
 Dienstagsmiete Nr. 27.
 Neu einstudiert:
Lucia von Lammermoor.
 Oper in 3 Akten von Salvatore Cammerano.
 Musik von G. Donizetti.
 Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Wir suchen 2658
jüngere Mädchen
 die in christlichen Arbeiten Erfahrung haben.
 Vorstellung von 8-10 Uhr.
Herm. Tietz.